

Mahngang gegen Rechts

"Das Erinnern nicht nehmen lassen"

Von Michael Grabenströer



Mahngang gegen rechts (Bild: FR/Müller)

Der Ort des Erinnerns liegt oftmals direkt vor der Haustür - wie in der Wandersmannstraße in Erbenheim. Nicht immer ist er mit Steinen kenntlich gemacht und mit Namen - hier sind es Mathilde und Manfred Blumenthal, die dort lebten -, an die man die Erinnerung wachhalten will. Auch in Erbenheim liegen sie, die Steine des Gedenkens, die Stolpersteine des Erinnerns im Pflaster.

Vor drei Wochen war dort Erinnern aber richterlich verboten. Das Bündnis gegen Rechts wollte zu dem kaum halben Dutzend Stolpersteinen ziehen, die im Erbenheimer Pflaster verlegt sind. Als Mahngang, weil dort später Neonazis demonstrieren wollten und weil es ein Jubiläum gab. Es war der 65. Jahrestag des Kriegsendes. Der Tag der Befreiung vom Faschismus.

"Wir lassen uns das Erinnern nicht nehmen, auch von den Gerichten nicht, auch in Alt-Erbenheim nicht", hieß es am Dienstagabend - gleichsam als Trotzreaktion auf das Verbot. Obwohl auch der am 8. Mai geplante Mahngang, das war durchaus klar, eine Manifestation hätte sein müssen gegen die Neonazis, die wenig später an den Stolpersteinen vorbeitrampelten. Und zur Eskalation hätte führen können - so die Befürchtung von Polizei und Verwaltung, die vom Gericht juristisch untermauert wurde. Die Steine selbst waren am 8. Mai gesichert durch Absperrgitter und Beamte, wie Polizeipräsident Peter Frerichs versicherte, nachdem eine Boulevardzeitung vorausgesehen hatte, dass die Neonazis über die Gedenksteine marschieren würden.



1. Station: Angela Wagner-Bona berichtet über das Schicksal der Familie Levi. (Bild: FR/Müller)

Fakt war: Der Bündnis-Mahngang wurde unterbunden, die Nazis aber durften durch Alt-Erbenheim ziehen, vorbei an den Steinen. Nun wurde das mahnende Gedenken des Bündnisses gegen Rechts nachgeholt. Wieder Polizei in Ebenheim - nur zwei Motorräder mit Polizisten, dazu zwei Beamte zu Fuß in freundlichem Blau und zwei Einsatzwagen, die abseits gesichtet wurden, mit Minimalbesatzung. Kein Vergleich zum Aufzug vor drei Wochen: Rund 2000 Polizeibeamte sollen dagewesen ein, 150 Neonazis und 1500 Gegendemonstranten vom Bündnis.

Diesmal war das Gedenken leise, fast still, hätten nicht die Kirchenglocken um 18 Uhr wie üblich laut gerufen. Eine unauffällige Mahnung, wäre da nicht das kleine dezente Polizeiaufgebot gewesen. 40 Teilnehmer waren es. Einige von ihnen hatten Texte vorbereitet, Texte über die Leben unter den Stolpersteinen. Texte, die zum Beispiel an die Witwe Mathilde Blumenthal erinnerten. Von der Verwaltung zur Vermögensauskunft gefordert, sie am 8. Januar 1941 zurück: " ... teile ich Ihnen mit, dass ich kein Vermögen besitze", und erklärte, dass sie sich sehr einschränken müsse. Im Juni 1942 wurde sie nach Sobibor deportiert und dort ermordet.



Mahngang gegen rechts (Bild: FR/Müller)

An den Stolpersteinen wurden Blumen niedergelegt. ganz so wie man es vor drei Wochen hatte machen wollen. Für die Polizei gab es nichts zu tun.

Hitzige Debatten wird es am 1. Juni geben. Dann soll im Schlachthof über die Demo-Genehmigungspraxis der Wiesbadener Stadtverwaltung und der Ordnungsdezernentin Birgit Zeitmetz (CDU) rund um den 8. Mai diskutiert werden. Im Fokus steht eine Übereinkunft mit den Neonazis: Erbenheim zu genehmigen, wenn das Innenstadtverbot nicht juristisch von den Rechten angegriffen werde. Darüber soll es sogar eine Aktennotiz geben, vom März.